

«TalkTäglich»

«Wir sind nicht das Kalifat»: Hitziger Streit ums Kopftuchverbot an Aargauer Schulen



Von Catarina Martins

26.08.2026, 12.06 Uhr

Für FDP-Grossrat Adrian Schoop steht das Kopftuch für Unterdrückung und Patriarchat. EVP-Fraktionschef Uriel Seibert sieht in einem Verbot hingegen den falschen Weg gegen religiöse Radikalisierung. Im «TalkTäglich» führt das zu einer emotionalen Debatte.

Artikel anhören:

- 1.0x +

00:00

05:14



AI Voice by BotTalk

Darum geht es

- Der Aargauer Grosse Rat hat ein Kopftuchverbot an Schulen bis 16 Jahre beschlossen.



Startseite



Mehrwerte



Region



Konto



Menü

des Verbots.

- Schoop sieht im Kopftuch ein Zeichen von Unterdrückung und Radikalisierung, Seibert warnt vor Symbolpolitik und fordert Bildung sowie Leitfäden für Schulen.

Ob Mädchen bis 16 Jahre an Aargauer Schulen ein Kopftuch tragen dürfen, spaltet die Gemüter ausser- und innerhalb der Politik. So war auch der «TalkTäglich» zum Kopftuchverbot an Aargauer Schulen, das am Dienstag im Aargauer Grossen Rat beschlossen wurde, ein hitziges Wortgefecht zwischen FDP-Grossrat Adrian Schoop, der den Vorstoss eingereicht hat, und EVP-Fraktionschef Uriel Seibert, der als Schulleiter arbeitet. Mit 78 zu 54 Stimmen fiel das Resultat deutlicher aus als erwartet.



FDP-Grossrat Adrian Schoop und EVP-Fraktionschef Uriel Seibert diskutieren mit Moderatorin Anne-Käthi Kremer im «TalkTäglich» über das Kopftuchverbot an Aargauer Schulen.

Screenshot: Tele M1

Für Schoop ist das Kopftuch kein religiöses Symbol, sondern eines der Unterdrückung und des Patriarchats. In der Schweiz habe man lange für Gleichstellung gekämpft, nun würden fremde Kulturen importiert. «Das Kopftuch hat in unserer christlich-abendländischen Tradition nichts zu suchen.»



Startseite



Mehrwerte



Region



Für FDP-Grossrat Adrian Schoop ist das Kopftuchverbot ein erster Schritt gegen religiösen Zwang und Radikalisierung.

Screenshot: Tele M1

Moderatorin Anne-Käthi Kremer weist darauf hin, dass der Vorstoss religiös geprägte Kleidungsstücke nennt, Schoop aber klar das Kopftuch meint. Dieser bestätigt das. Im Koran werde es nicht erwähnt, und für die Ausübung des Glaubens brauche es dieses nicht. Auch könne man nicht beweisen, dass jemand das Kopftuch freiwillig trage.

An Uriel Seiberts Schule gibt es Mädchen mit Kopftuch. In solchen Fällen spricht man mit den Eltern. Ob die Mädchen dieses freiwillig oder nicht anziehen, könne er nicht beurteilen. Gegen Adrian Schoops Aussage, dass es ein Zwang sei, bezieht er eine klare Haltung: «Man unterstellt den Menschen damit extrem viel, und das sind Angriffe auf Gläubige.» Er fühle sich auch als Christ damit angegriffen.

Zwei Wege gegen Radikalisierung

Das Verbot sei ein erster Schritt, der Radikalisierung entgegenzuwirken. Auch bei Lehrerinnen, in Spitälern und öffentlichen Funktionen möchte Schoop keine Kopftücher sehen. Von einer kopftuchtragenden Frau an der Passkontrolle in London sagt er: «Ich finde das furchtbar.» Für ihn gilt:



Startseite



Mehrwerte



Region

EVP indirekt das Kopftuch verteidige, sei in seinen Augen «eine Selbstkapitulation».

Die EVP tue sehr wohl etwas gegen die Radikalisierung, verteidigt sich Seibert. «Dein Kopftuchverbot hat aber keine Wirkung in der Bekämpfung der Radikalisierung.» Gerade ein sichtbares Kopftuch könne für die Schule Anlass sein, genauer hinzuschauen und mit einer Familie zu sprechen. «Wenn das Kind ohne Kopftuch kommt, weiss man nicht, was zu Hause läuft», so Seibert. Entscheidend sei, die Haltung zu verändern und nicht bloss, das Symbol zu entfernen. Das sei reine «Symbolpolitik».



Für Uriel Seibert ist klar: Ein Verbot bekämpft nicht die Haltung hinter dem Kopftuch.

Screenshot: Tele M1

Die Gefahr religiöser Radikalisierung bestreitet Seibert nicht. Statt Symbole zu verbieten, müssten Menschen durch Bildung gestärkt werden. Er fordert Leitfäden für Schulen und besser vorbereitete Lehrpersonen.

Für Schoop ist das zu wenig. «Das linke, woke Gutmenschentum, das einfach immer diskutieren und Seminare machen will, bringt nichts bei dieser radikalen Kultur.» Schoop verweist auf Afghanistan und Iran sowie Entwicklungen in Deutschland und Brüssel. «Wir importieren den



Startseite



Mehrwerte



Region

Hält das Verbot vor Gericht stand?

Auch die rechtliche Umsetzung sorgt für Streit. Seibert hält den Schutz vor religiösem Zwang für «absolut fair und gut», den Weg aber für falsch. Er verweist auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte: Ein Verbot könne zulässig sein, wenn sämtliche religiösen Symbole verboten würden. Ein reines Kopftuchverbot könnte dagegen vor Gericht scheitern und radikalen Kräften nutzen.

Schoop lässt sich davon nicht abschrecken und findet nochmals deutliche Worte. «Seit dem Urteil zu den Klimaseniorinnen kann ich den Gerichtshof nicht mehr ernst nehmen.» Auch die Rechtsprechung des Bundesgerichts könne sich ändern. «Wir sind Legislative und nicht Judikative. Wir machen Gesetze, die Judikative soll diese beurteilen», sagt Schoop.

Beim Thema «christliche Werte» hält Seibert dagegen. Menschenrechte, Gleichheit und Rechtssicherheit gehörten gerade zu diesen Werten. «Wir verteidigen unsere christlichen Werte, aber wir müssen sie selbst leben.»

Was folgt nach dem Entscheid?

Zum Schluss sagt Schoop: «Ich hoffe, dass wir relativ bald kein Kopftuch in den Schulen mehr sehen.» Die Schweiz müsse aufhören, sich Menschen anzupassen, die ihre Werte aufdrängen wollten.

Seibert setzt dagegen auf die Arbeit an den Schulen und die aktive Bekämpfung der Radikalisierung. Dass Handlungsbedarf besteht, darin sind sich beide einig. Über den Weg dorthin gehen ihre Vorstellungen weit auseinander.

Den ganzen «TalkTäglich» finden Sie hier zum Nachschauen

Für Sie empfohlen



Startseite



Mehrwerte



Region